

erstellt am: 24.10.2011

URL: www.rp-online.de/wirtschaft/news/Der-Ruf-nach-der-Transaktionssteuer-wird-lauter_aid_1028620.html

Trittin, Kauder und Fahrenscho

Der Ruf nach der Transaktionssteuer wird lauter

zuletzt aktualisiert: 24.10.2011 - 09:21

Köln (RPO). Im Kampf gegen die Schulden- und Finanzkrise kommt seit Wochen aus der Politik immer wieder der Vorschlag auf den Tisch, eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Prominente Stimmen von Union und Grünen unterstützen nun den Vorschlag.

Vor dem Hintergrund der Eurokrise verlangt jetzt auch Bayerns Finanzminister Georg Fahrenscho (CSU) die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn diese nicht weltweit durchgesetzt werden könne, sollte dies zumindest in der Eurogruppe erfolgen, sagte Fahrenscho am Montag in Deutschlandfunk. Es sei notwendig, im Steuerrecht ein "klares Signal" zu geben.

Zugleich lehnte Fahrenscho eine weitere Belastung der deutschen Steuerzahler ab. Mit Blick auf die Haftungssumme von 211 Milliarden Euro für den Euro-Rettungsschirm EFSF betonte er: "Mehr geht nicht." Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft dürfe nicht überreizt werden.

Auch die Bundesregierung hält angesichts der Staatsschuldenkrise eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene unter Einbeziehung Großbritanniens für möglich. "Ich möchte heute nicht ausschließen, dass es gelingt, zu einer europaweiten Finanztransaktionssteuer zu kommen", sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU), am Montag in Berlin. "Wie wir die Debatte mit Großbritannien am Ende führen können, wird man sehen." Das Land werde in Zukunft darauf angewiesen sein, dass Europa wichtige Entscheidungen für es treffe.

Trittin will Entscheidung am Mittwoch

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin hat ebenfalls erneut eine Finanztransaktionssteuer gefordert. Der EU-Gipfel am Mittwochabend müsse eine Finanztransaktionssteuer mindestens in der Euro-Zone beschließen, sagte Trittin am Montag im Deutschlandfunk. Die Mitverursacher der Krise müssten in die Pflicht genommen werden.

Die Banken sollten zudem gezwungen werden, sich zu rekapitalisieren und auch dauerhaft höhere Eigenkapitalquoten zu haben. Trittin verlangte ferner eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union. "Das ist der Kern dessen, was jetzt angegangen werden muss."

Kauder will die Steuer auch ohne Großbritannien

Der Unionsfraktionschef Volker Kauder will eine Finanztransaktionssteuer zur Not auch ohne Großbritannien einführen. Sollte London in der EU die Steuer weiter blockieren, müsse sie in der Euro-Zone eingeführt werden, schrieb Kauder in einem Gastbeitrag für die "Welt am Sonntag". Er halte die Steuer für ein wirksames Instrument zur Eindämmung des Hochfrequenzhandels, wo in Sekunden Milliarden transferiert werden. Nachdem ein Teil der Banken nur dank staatlicher Hilfen überlebt habe, müssten die Institute nun "dem Gemeinwohl etwas zurückgeben".

Der Bundesbank-Präsident Jens Weidmann dagegen hält die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen zur Lösung der Finanzkrise für den falschen Weg. "Es gibt wichtigere Schlüsse aus der Krise als die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer", sagte Weidmann der "Bild am Sonntag". So müssten etwa bisher unregulierte Bereiche des Finanzsystems wie Hedgefonds besser überwacht werden.

Verständnis äußerte Weidmann für die weltweiten Proteste gegen Finanzmärkte. Die Demonstranten hätten Recht, wenn sie kritisierten, dass nicht alle Lehren aus der Finanzkrise 2008 gezogen wurden. "Vor drei Jahren wurde eine Agenda zur Regulierung der Finanzmärkte verabredet, die noch nicht vollständig abgearbeitet ist. Ein Beispiel dafür sind die schärferen Regeln für große, international vernetzte Finanzinstitute, deren Schiefelage das ganze Finanzsystem in Schwierigkeiten bringen könnte", sagte Weidmann.

Eine Aufteilung der Kreditinstitute in Investment- und Geschäftsbanken lehnt Weidmann dagegen ab: "Wir sollten nicht vergessen: Massiv zugespitzt hat sich die Krise im Herbst 2008 mit der Insolvenz von Lehman Brothers, einer reinen Investmentbank. Ein Trennbankensystem bietet also keine ausreichende Sicherheit. Was zählt, ist nicht der Typ der Bank, sondern ihre Größe und Vernetzung", sagte der Bundesbank-Chef. Auch Kauder betonte, der Banktyp habe in der Krise keine entscheidende Rolle gespielt.

© RP Online GmbH 1995 - 2011
Alle Rechte vorbehalten
Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken